



Ratgeber

Seite 12

Raus aus der Teilzeitfalle?



Steuern und Wahlkampf
Schulklos sanieren!

Seite 3



Thema
Elterngeld und
ElterngeldPlus

Seite 8

Inhalt

Editorial 2

Meinung 3

Tarifthemen 4

TV AVH

Flughafenfeuerwehren

Bundesagentur für Arbeit

Zusatzversorgung

Schulische Ausbildung in
Gesundheitsberufen

Feuerwehr der Bundeswehr

Thema 8

Ratgeber 10

Hintergrund 12

Buchvorstellungen 13

Rechtsprechung 14

Zitat des Monats 16

Redaktionsschluss:

4. Mai 2017



Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion,

Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,

Verantwortlich: Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik

Redaktion: Ulrich Hohndorf, Arne Goodson,

Andreas Schmalz

Gestaltung und Satz: Jacqueline Behrendt

Bildnachweis: Titel: pusteflower9024 (Fotolia),

thailoei92 (Fotolia), pololia (Fotolia), S.2: dbb, S.3:

thailoei92 (Fotolia), S.8: pololia (Fotolia), S.10: tune-

din (Fotolia), S.12: pusteflower9024 (Fotolia), S.15: vege

(Fotolia)

Telefon: 030.4081-5400, **Fax:** 030.4081-4399

E-Mail: tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de

Verlag: dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165,

10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0

Druck: L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG.

Der Bezugspreis für tacheles ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter,

Dechenstraße 15 A, 40878 Ratingen

Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrissovergis,

Telefon: 02102.74023-714, Fax: 02102.74023-99

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem
Magazin nur die männliche Form verwendet. Sämtliche
Personen- und Berufsbezeichnungen gelten
jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

tacheles · 5 · Mai 2017

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



Große Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Kurz nach Erscheinen dieses Hefts wird im bevölkerungsreichsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, gewählt. Für viele ist das die entscheidende Testwahl für die Bundestagswahl im September dieses Jahres. Auch der dbb wählt. Auf dem Gewerkschaftstag im November wird über eine neue politische Führung entschieden. Spannende Zeiten also. Aber noch bevor in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt wird, findet innerhalb des dbb eine weitere wichtige Wahl statt. Am 12. / 13. Mai 2017 findet nämlich in Berlin der 18. Bundesjugendtag statt. Nach zwei Amtsperioden tritt Sandra Kothe nicht mehr an. Von daher wird es auch im Bereich der dbb jugend eine neue politische Führung geben. Ich nutze dieses Editorial, um Sandra Kothe für ihre hervorragende Arbeit während der letzten Jahre zu danken. Normalerweise wird der Ehrentitel „verdiente Kollegin“ oder „verdienter Kollege“ erst am Ende eines langen Arbeitslebens vergeben und Kollegin Kothe hat noch ein gutes Stück Arbeitsleben vor sich. Wer die junge, dynamische Kollegin ein wenig kennt, der weiß auch, dass sie noch einige „Verdienste“ in ihrem Arbeitsleben erzielen wird. Aber um den dbb und seine Jugend hat sie sich schon jetzt sehr verdient gemacht. Sie hat der Jugend Gesicht und Stimme gegeben. Mit ihr zu streiten ist dabei nicht immer leicht, weil sie ihren Standpunkt offensiv und beharrlich zu vertreten weiß. Aber so soll, so muss es auch sein.

Insbesondere die Aktionsfähigkeit der Jugend hat sich unter der Regie von Sandra Kothe enorm entwickelt, im Verbund mit unseren Tarifaktionen, aber auch in eigenständigen Auftritten, die ernste Anliegen oftmals mit Humor „rübergebracht“ haben. Das war und ist gut für die dbb jugend, aber das ist auch gut für den gesamten dbb und ich hoffe mit Zuversicht, dass die Jugend ihre engagierte Arbeit in dieser Qualität fortsetzen wird. Der Tarifbereich hat auch sehr von der aktiven Jugend und ihrer Aktionsbereitschaft profitiert. So etwas ist nie eine „One-Woman-Show“, aber Sandra Kothe hat eine Menge auf den Weg gebracht. Dafür danken wir Dir, liebe Sandra!

Mit freundlichen Grüßen

Willi Russ

Steuern und Wahlkampf

Schulklos sanieren!

Wenn dbb-Chef Klaus Dauderstädt darauf hinweist, dass dem öffentlichen Dienst in absehbarer Zeit 1,5 Millionen Beschäftigte fehlen und ein Notstand droht, mögen viele Bundesbürger denken, dass hier ein Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes geschickt die Interessen seiner Mitglieder thematisiert. Obwohl Dauderstädt einfach nur Zahlen hat sprechen lassen. Wenn nämlich in den nächsten 15 Jahren 1,5 Millionen der insgesamt 4,6 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Rente gehen und weder Bund noch Länder oder Gemeinden sich Gedanken über eine Einstellungsoffensive machen, ist das Problem vorgezeichnet.

Gesetzliche Verpflichtungen

Wenn nun beispielsweise der Berliner Tagesspiegel am 23. April 2017 auf der Titelseite darauf hinweist, dass in den Berliner Jugendämtern Personalmangel herrscht, wird es schon schwieriger, die Fakten zu ignorieren. Im Schnitt gibt es in den Berliner Jugendämtern beim Personal eine Unterdeckung von 20 Prozent, was laut Tagesspiegel Folgen hat: „Selbst gesetzlichen Verpflichtungen kann demnach nicht mehr überall nachgekommen werden.“

Leider werden die meisten Leser dieser Meldungen schon wieder vergessen haben, dass sie nur ein paar Tage zuvor etwas von so genannten Cum-Ex-Geschäften gelesen haben. Diesen Begriff werden nämlich die meisten bis dahin noch nie gehört haben. Und dass es bei diesem Geschäftsmodell im Wesentlichen darum geht, dass sich zum Beispiel eine Bank eine nur einmal an den Staat gezahlte Kapitalertragssteuer mehrmals erstatten lässt, übersteigt die wirtschaftspolitische Phantasie des Durchschnittslesers.

Innerer Zusammenhang

Schade eigentlich, denn der Berliner Personalnotstand und die durch verschiedene Banken vorenthaltenen Steuermilliarden stehen durchaus in einem inneren Zusammenhang. Und Zeitungsläser, die über ein richtig gutes Gedächtnis verfügen, werden sich auch noch erinnern, dass die Meldung, wonach Deutschland einen

„Spitzenplatz bei Steuern und Sozialabgaben“ (FAZ vom 11. April 2017) einnimmt, auch erst von Mitte April stammt.

Stark verkürzt kann beim Zeitungsläser ein Bild entstehen, bei dem einerseits der Bundesbürger vergleichsweise viel Steuern zahlt, während Steuerbetrug im großen Stil immer wieder die Schlagzeilen bestimmt, und andererseits „gesetzliche Verpflichtungen“ wegen Personalnotstands nicht mehr erledigt werden können.

Wahlprogramme auf dem Meinungsmarkt

In dieser Situation werden demnächst die politischen Parteien ihre Wahlprogramme auf den Meinungsmarkt werfen. Und auch wenn aktuell keine der politischen Parteien in Deutschland so verzweifelt wirkt wie Englands Labour Party, die – die miserablen Umfragewerte vor Augen – einfach mal vier neue Feiertage erfindet, um dem Wähler vier Tage mehr Urlaub anbieten zu können, werden vermeintliche Geschenke auch im bundesdeutschen Wahlkampf wieder in Aussicht gestellt. Die würden reichlich Steuergelder kosten. Oder aber es wird versprochen, die Steuern zu senken, obwohl viele Straßen kaputt und die Schulklos marode sind. Von daher greift es zu kurz, hinter Steuererhöhungen oder Steuersenkungen schon die Lösung aller Probleme zu sehen. Wenn der Bund der Steuerzahler zum Beispiel am 11. Juli 2016 verkündete, erst ab dem 12. Juli 2016 würde der Bundesbürger in diesem Jahr fürs eigene Portemonnaie arbeiten, stellt sich die Frage, ob er mehr davon hat, wenn er demnächst früher fürs eigene Portemonnaie arbeitet, von die-

sem Geld dann jedoch privates Schulgeld oder aber einen deutlich verteuerten Nahverkehr bezahlen muss.

Bei der Bundestagswahl nicht auf Billigangebote hereinfallen

Deshalb sollten wir die Wahlprogramme der Parteien nicht allein mit dem Rechenschieber bewerten und schauen, wo wir die günstigsten Angebote geliefert bekommen, sondern auch bewerten, ob Qualität geliefert werden soll – bei Bildung, Gesundheit oder Sicherheit. Und wir sollten den Parteien und ihren Kandidaten nicht durchgehen lassen, wenn sie dummes Zeug erzählen, so wie erst kürzlich SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz, der sich auf einer Wahlkampfveranstaltung in Düsseldorf über den baulichen Zustand der Schulen in Deutschland erregte und Abhilfe versprach. Wenn er das als Kanzlerkandidat tat, muss man ihm spornstreichs sagen, dass der Bund mit maroden Schulklos schlicht nix zu tun hat. Und wenn er seine Ausführungen als Wahlkampfhelder für Ministerpräsidentin Kraft gemacht haben sollte, sollte man ihm sagen, dass Kraft nun schon seit 2010 Zeit hatte, zumindest die Schulklos in Nordrhein-Westfalen auf Vordermann zu bringen. Warum schließlich weder CDU, noch SPD, noch die übrigen Parteien damit werben, die Steuerverwaltung in die Lage zu versetzen, Steuerhinterziehung und Steuerbetrug im Lande den Kampf anzusagen, bleibt völlig unverständlich. Schließlich erwirtschaftet ein Betriebsprüfer pro Jahr durchschnittlich 1,5 Millionen Euro und ein Steuerfahnder eine Million Euro. Mit diesen Geldern ließen sich viele Schulklos sanieren ... ■

